

# Inhalt

A. Einführung.....	1
I. Problemstellung.....	1
II. Gang der Darstellung.....	2
III. Materiellrechtliche Ausgangssituation .....	3
1. Verstrickung, Verfügungsverbot und Pfändungspfandrecht .....	3
2. Berechtigung zur Einziehung der Forderung.....	4

## Erster Teil Meinungsstand und Interessenlage

B. Bisher vertretene Lösungsansätze .....	7
I. Ältere Auffassung: Konkurrierende Klagemöglichkeit (nur) vor Überweisung der Forderung .....	9
II. Heute herrschende Auffassung: Konkurrierende Klagemöglichkeit ohne Rechtskrafterstreckung .....	10
III. Auffassung von <i>Erkel</i> und <i>Schmidt-Jortzig</i> : Konkurrierende Klagemöglichkeit mit Rechtskrafterstreckung .....	12
C. Interessenlage .....	15
I. Bedeutung der Untersuchung .....	15
II. Divergierende Interessen der Beteiligten .....	16
1. Sicherungs- und Verwertungsinteresse des Gläubigers .....	17
a) Schutzwürdigkeit der Interessen.....	17
b) Folgerungen für die Prozeßsituation.....	18
2. Autonomieinteresse des Schuldners .....	20
a) Schutzwürdigkeit des Interesses .....	20
b) Folgerungen für die Prozeßsituation.....	20
3. Statuserhaltungsinteresse des Drittschuldners .....	21
a) Schutzwürdigkeit des Interesses .....	21
b) Folgerungen für die Prozeßsituation.....	22
III. Fehlgewichtung der Beteiligteninteressen im Rahmen der bisher vertretenen Lösungsansätze.....	24
1. Vernachlässigung von Drittschuldnerinteressen durch die herrschende Meinung .....	24
a) Erfüllung der gepfändeten Forderung .....	28
b) Streitverkündung.....	29
c) Negative Feststellungsklage .....	30
2. Vernachlässigung von Gläubigerinteressen durch den Ansatz von <i>Erkel</i> und <i>Schmidt-Jortzig</i> .....	31



a) Beitritt des Gläubigers.....	33
b) Unangemessene Verzögerung der Beitreibung .....	35
3. Wertungswiderspruch im Ansatz der älteren Auffassung .....	36
IV. Ergebnis .....	37

## Zweiter Teil

### Prozeßführung im Grundfall der vollumfänglichen Pfändung einer nicht rechtshängigen Forderung durch nur einen Gläubiger

<i>D. Leistungsklage nach Überweisung der Forderung</i> .....	39
I. Leistungsklage des Gläubigers .....	39
1. Grundlage der Prozeßführungsbefugnis des Gläubigers.....	39
a) Fragestellung .....	40
b) Dogmatische Einordnung der ‚Berechtigung zur Einziehung der Forderung‘ .....	41
aa) Gesetzeswortlaut .....	41
bb) Auffassung des Gesetzgebers .....	43
cc) Folgerungen aus der Doppelnatur der Forderung als Leistungsbeziehung und Vermögensrecht.....	46
dd) Pfändung und Überweisung als Rechtsänderung hinsichtlich des Schuldverhältnisses und Rechtsübertragung hinsichtlich der Forderungsberechtigung .....	50
c) Folgerungen .....	53
d) Kondiktionsrechtliche Einordnung der Drittschuldnerleistung als Leistung an den Gläubiger .....	54
e) Fortschreiben historisch überholter Grundlagen durch die Gegen- meinung .....	55
2. Umfang der prozessualen Befugnisse des Gläubigers .....	56
a) Verfügungen über den Streitgegenstand.....	57
b) Sonstige Prozeßhandlungen .....	58
c) Rechtsfolgen prozessualer Untätigkeit.....	60
3. Einwendungen des Drittschuldners .....	62
a) Einwendungen gegen den Pfändungs- und Überweisungsbeschluß.....	62
b) Einwendungen und Einreden gegen die gepfändete Forderung.....	63
aa) Grundsatz.....	63
bb) Insbesondere: Aufrechnung gegen die gepfändete Forderung.....	65
(1.) Aufrechnung mit einer Forderung gegen den Schuldner.....	65
(2.) Aufrechnung mit einer Forderung gegen den Gläubiger.....	66
cc) Kein Erlöschen der Forderung bei (verbotswidriger) Leistung an den Schuldner .....	67
4. Subjektive Grenzen der Rechtskraft .....	69
a) Ausgangspunkt.....	69
b) Bindung des Rechtsinhabers an ein im Standschafterprozeß ergehendes Urteil .....	70
aa) Herrschende Auffassung: Rechtskraftbindung des Rechtsträgers nur bei Verfügungsbefugnis des Standschafterers oder bei ausschließ-	



licher Prozeßführungsbefugnis des Standschafters über das streitige Recht.....	71
(1.) Rechtskrafterstreckung bei Verfügungsbefugnis des Standschafters über das streitige Recht (Ansatz von <i>Henckel</i> ) .....	72
(2.) Rechtskrafterstreckung bei ausschließlicher Prozeßführungsbefugnis des Standschafters über das streitige Recht (Ansatz von <i>Sinaniotis</i> ) .....	75
bb) Grundsatz der Rechtskraftbindung des Rechtsinhabers an das vom Standschifter erstrittene Urteil und des Standschafters an das vom Rechtsinhaber erstrittene Urteil (Ansatz von <i>Berger</i> ) .....	78
c) Übertragbarkeit des gewonnenen Grundsatzes auf die Leistungsklage des Gläubigers gegen den Drittschuldner nach Überweisung der Forderung.....	82
aa) Treuhänderische Bindung des Gläubigers im Innenverhältnis zum Schuldner als sachliche Rechtfertigung der prozessualen Einwirkungsmöglichkeit.....	82
bb) Keine Verletzung des grundrechtlichen Anspruchs auf rechtliches Gehör, Art. 103 Abs. 1 GG.....	83
cc) Vergleich mit der Rechtslage bei rechtsgeschäftlich erteilter Einziehungsermächtigung und gewillkürter Prozeßstandschaft.....	88
II. Leistungsklage des Schuldners .....	89
1. Unzulässigkeit der Schuldnerklage.....	89
a) Kein Verlust der Prozeßführungsbefugnis durch Beschränkung der Verfügungsmacht.....	89
b) Entzug der Prozeßführungsbefugnis durch den Überweisungsbeschluß...	91
2. Unbegründetheit der Schuldnerklage.....	93
3. „Klagerecht“ des Schuldners bei unsachgemäßer Verzögerung der Beitreibung durch den Gläubiger? .....	96
III. Interessenausgleich im Innenverhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner .....	98
IV. Ergebnis .....	100
 E. <i>Leistungsklage vor Überweisung der Forderung</i> .....	101
I. Leistungsklage des Gläubigers .....	101
1. Gläubiger als Prozeßstandschifter des Schuldners .....	101
2. Rechtskrafterstreckung auf den Schuldner.....	101
II. Leistungsklage des Schuldners .....	102
1. Prozeßführungsbefugnis des Schuldners.....	102
2. Wirkung des erstrittenen Urteils für und gegen den Gläubiger.....	103
a) Ausgangspunkt: Rechtskraftbindung des Standschafters an das vom Rechtsträger erstrittene Urteil.....	103
b) Bedenken gegen eine Rechtskrafterstreckung .....	103
c) Analoge Anwendung des § 856 Abs. 2-5 ZPO .....	104
aa) Begründung der Analogie .....	104
bb) Kein Wertungswiderspruch zur Rechtslage nach der Überweisung....	106
III. Ergebnis .....	107



<i>F. Feststellungsklage</i> .....	108
I. Feststellungsklage des Gläubigers .....	108
1. Denkbare Konstruktionen: Eigenes rechtliches Interesse oder Prozeßstandschaft des Gläubigers .....	108
2. Feststellungsklage in Prozeßstandschaft als speziellere Rechtsschutz- form .....	111
II. Feststellungsklage des Schuldners .....	111
1. Grundsatz: Unzulässigkeit einer Feststellungsklage bei zum Zwecke der Abwehr prozessualer Einwirkungen entzogener Prozeßführungs- befugnis .....	112
2. Folgerungen für die Zulässigkeit einer Feststellungsklage des Schuldners .....	113
a) Feststellungsklage über die gepfändete Forderung .....	113
b) Feststellungsklage über das präjudizielle Rechtsverhältnis .....	114
3. Begründungsansatz <i>Henckels</i> : Prozeßführungsbefugnis über das Rechtsschutzobjekt als Sachurteilsvoraussetzung der Feststellungsklage... 116	
III. Feststellungsklage des Drittschuldners .....	117
1. Negative Feststellungsklage zur Abwehr einer Inanspruchnahme aus der gepfändeten Forderung .....	117
2. Positive Feststellungsklage zum Schutze eigener Rechte und negative Feststellungsklage zur Abwehr einer Inanspruchnahme aus nicht ge- pfändeten Forderungen .....	119
IV. Ergebnis .....	119

### Dritter Teil

#### Besonderheiten bei Teilpfändung, Pfändung überschüssender Forderungen, Pfändung und Pfandrechtsverzicht nach Rechtshängigkeit

<i>G. Teilpfändung und -überweisung</i> .....	121
I. Materielle Rechtsfolgen der Teilpfändung .....	122
1. Grundsatz .....	122
2. Begründung eines Vorranges des gepfändeten Teils gegenüber dem nichtgepfändeten Teil .....	122
II. Prozessuale Konsequenzen .....	124
1. Prozeßführung des Gläubigers .....	125
2. Prozeßführung des Schuldners .....	126
3. Prozeßführung des Drittschuldners .....	126
 <i>H. Vollpfändung und -überweisung überschüssender Forderungen</i> .....	128
I. Zulässigkeit einer Vollpfändung zur Sicherung des Gläubigers .....	128
II. Teleologische Begrenzung des Einziehungsrechts des Gläubigers bei Überweisung der gesamten Forderung .....	130
1. Entbehrlichkeit einer anfänglichen Vollüberweisung .....	130
2. Vollüberweisung als gegenüber der nachgeholten Restüberweisung unschädliche Vereinfachung .....	131
III. Prozessuale Konsequenzen .....	133



<i>J. Mehrfachpfändung .....</i>	<i>134</i>
I. Rechtsstellung des erstpfindenden Gläubigers .....	134
II. Rechtsstellung der nachrangigen Gläubiger.....	137
 <i>K. Pfändung und Überweisung, Verzicht nach § 843 ZPO und Ende der     Zwangsvollstreckung nach Rechtshängigkeit der Forderung .....</i>	 <i>141</i>
I. Anwendbarkeit der §§ 265, 325 Abs. 1 1. Fall ZPO .....	141
1. Rechtsnachfolge in den geltend gemachten Anspruch.....	141
a) Rechtsnachfolge mit Verlust der Sachlegitimation .....	141
b) Rechtsnachfolge mit Fortbestand der Sachlegitimation .....	143
2. Rechtsnachfolge nach Rechtshängigkeit einer Feststellungsklage über das präjudizielle Rechtsverhältnis oder einer Klage über das kontradik- torische Gegenteil.....	145
II. Rechtsfolgen .....	147
1. Stellung des Rechtsvorgängers .....	147
2. Stellung des Rechtsnachfolgers .....	149
3. Überschüssende prozessuale Einwirkungsmöglichkeiten des Schuldners bei Pfändung einer rechtshängigen Forderung .....	150

## Vierter Teil

<i>L. Zusammenfassung.....</i>	<i>153</i>
 <i>Literatur .....</i>	 <i>157</i>
 <i>Sachregister .....</i>	 <i>165</i>